

DEUTSCHLAND-UNION-DIENST

INFORMATIONSDIENST DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UND CHRISTLICH-SOZIALEN UNION DEUTSCHLANDS

REDAKTION UND VERTRIEB: FRANKFURT A. M.

Bettinastraße 64 · Fernsprecher: 77178/77906

Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung

Postscheckkonto: Frankfurt a. M. 39967 · Bankkonto: Hessische Bank, Frankfurt a. M. 125739

beide unter Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands

Nr. 55, 3. Jhrg. (C) Frankfurt a. M., 19. März 1949.

Seite 1

Die Informationen von heute:

Aus der Union

Der Zonenausschuß der CDU für die britische Zone tritt am 30. und 31. März in Königswinter zu einer Sitzung zusammen. Die Tagesordnung sieht u. a. einen Bericht über den Stand der Verfassungsarbeiten in Bonn, über das Wahlrecht und die Vorbereitung der Wahlen vor. Ferner soll über das Wohnungsbau-Programm sowie über das wirtschaftspolitische und das sozialpolitische Programm beraten werden.

Die CDU des Kreises Tauberbischofsheim befaßte sich auf einer Kreisdelegiertenkonferenz mit der wirtschaftlichen, sozialen und kulturpolitischen Lage unter besonderer Berücksichtigung der Verkehrsverhältnisse im badi-schen Frankenlande.

Flüchtlingswesen

Der Vorsitzende des Kontrollausschusses im Flüchtlingslager Dachau, Egon Herrmann, der unlängst im Flüchtlingslager Dachau einen Hungerstreik inszenierte, wurde wegen Landfriedensbruchs, Freiheitsberaubung, versuchter Nötigung und wegen Verleumdung und Beleidigung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Sozialpolitik

Der Südbadische Landtag stimmte dem Lastenausgleichsgesetz zu und zwar nicht, wie zuvor vermutet, auf Länderbasis, sondern auf trizonaler Basis.

Personelles

Der Berliner Bürgermeister Dr. Friedensburg (CDU) wurde von Papst Pius XII. zur Teilnahme an den Feierlichkeiten anlässlich des 50. jährigen Priester-Jubiläums am 2. April nach Rom eingeladen.

Aus der Ostzone

Auf Vorschlag des Politbüros der SED hat der Block der antifaschistische demokratischen Parteien der Sowjetzone beschlossen, die Landtagswahlen der fünf Länder der Ostzone und für die kommunalen Verwaltungen zusammenzulegen. Für die Durchführung dieser koordinierten Ostwahlen wurde die Aufstellung einer Einheitsliste nach volksdemokratischem Muster in Aussicht genommen.

Grenzlandfragen

Auf einer Grenzland-Kundgebung der CDU in Düren erklärte Ministerpräsident Arnold, wenn eine europäische Einheit aus den Herzen aller sauberen Europäer erwachsen solle, dann dürfe diese weltpolitische und abendländische Aufgabe nicht durch Gebietsforderungen gefährdet werden.

Privatgespräche in Godesberg
=====

Die Zusammenkunft einiger westdeutscher Politiker und Wirtschaftler mit dem ehemaligen Moskauer Botschafter Nadolny hat in einem Teil der westdeutschen Presse zu eigenartigen Kombinationen geführt. Über die Teilnahme von Politikern der CDU/CSU sind dabei Vermutungen angestellt worden, die keineswegs den Tatsachen entsprechen. Die Einladung zu dieser Besprechung erging an einen Kreis von Persönlichkeiten, der nicht nur auf parteipolitische Richtung beschränkt war. Die Funktionäre der SPD haben, getreu der von Schumacher befohlenen Linie, die Einladung abgelehnt. Das war ihre eigene Sache, wenn sie auch mit dem Hinweis auf die parteizentrale Haltung begründet wurde. Einige der eingeladenen CDU-Politiker reagierten anders. Sie nahmen die Einladung an, nicht als Beauftragte ihrer Partei, als die sie ja nicht geladen waren, sondern aus eigenem privaten Entschluß. Sie hatten keinerlei Auftrag, die CDU zu repräsentieren, bedurften andererseits aber auch keiner Genehmigung einer Parteizentrale. Die CDU als Partei sah sich auch nicht veranlaßt, offiziell etwas zu unternehmen, da die Legitimation Nadolnys nicht geklärt erscheint.

Insgesichts dieses Tatbestandes wird der Zusammenkunft in der Presse also eine Bedeutung beigelegt, die sie in Wirklichkeit nicht hat und nicht haben kann. Zwar haben seit Ende des Krieges zahlreiche Gespräche zwischen Menschen aus der Ostzone und den Westzonen stattgefunden, manche von ihnen getragen von der beiderseitigen Sorge um den Bestand und die Zukunft unseres Volkes und Landes. Damit ist aber nicht das Geringste ausgesagt über die Tragweite und Bedeutung der Besprechungen, die ihrer Natur nach inoffiziellen Charakter haben mußten. Selbst die Beteiligung führender Politiker konnte ihnen keinen größeren Wert als eben den einer unverbindlichen Fühlungnahme geben, da über das behandelte Anliegen wir Deutsche nicht zu entscheiden haben.

All das gilt auch von der Konferenz in Godesberg. Da die Parteien, insonderheit auch die CDU, offiziell nicht beteiligt waren, ist es also völlig abwegig, Kombinationen über die Haltung der CDU im Zusammenhang mit dem Godesberger Gespräch anzustellen, oder ihr eine besondere Rolle dabei zuzuweisen. Die beteiligten CDU-Politiker handelten ausschließlich als Privatleute.

Aus den Parteien

KPD auf Dummenfang
=====

Die KPD begibt sich z.Zt. wieder auf Dummenfang, ähnlich wie sie es vor mehr als Jahresfrist mit ihrer Unterschriften-Sammlung für "Freiheit und gerechten Frieden" tat. Diesmal nützt sie die Angst und berechtigte Sorge der Menschen um einen kommenden Atombomben-Krieg aus, und sammelt Unterschriften gegen die Verwendung der Atombombe. In verschiedenen Gebieten ist die Aktion bereits angelaufen und besonders bei den wenig unterrichteten Frauen einen gewissen Erfolg gehabt.

Wir sind darüber unterrichtet, daß die KPD ihre "Aktion Atombombe" in den nächsten Wochen in ganz Westdeutschland durchzuführen versucht. Die unpolitisch getarnte Unterschriften-Sammlung mißbraucht ein humanitäres Anliegen der Menschen zu einer großangelegten kommunistischen Aktion. Wie bei der Propagandawelle für "Freiheit und gerechten Frieden" werden später die getätigten Unterschriften als Sympathie-Erklärungen für die politischen Ziele der Kommunistischen Partei betrachtet, und man wird versuchen, aus ihnen parteipolitisches Kapital zu schlagen. Die KPD will damit der Öffentlichkeit einen größeren Anhängerkreis vortäuschen, als sie tatsächlich besitzt. Die Bevölkerung kann vor dieser kommunistischen Aktion nicht eindringlich genug gewarnt werden.

SozialpolitikZur Neuregelung der Kriegsbeschädigten-Fürsorge
=====

Auf einer Tagung der Hauptarbeitsausschüsse der Kriegsoffer in der CDU, die in Herne i. W. stattfand, hielt Präsident Scheuble von der Verwaltung für Arbeit ein ausführliches Referat über die rechtliche Versorgung der Kriegsoffer und Kriegshinterbliebenen. Über allen Bemühungen stehe die Frage: Wie sollen die Kriegsoffer versorgt werden? Selbst die Siegerstaaten ständen hier vor großen Schwierigkeiten, für Deutschland sei es darum um so schwerer. Präsident Scheuble hob hervor, daß man für das, was nach 1945 geschehen sei, nicht allein deutsche Stellen verantwortlich machen könne. Diese hätten sich in dem Rahmen bewegen müssen, der ihnen von den Besatzungsmächten zugestanden worden sei. Nach langen Verhandlungen sei es gelungen, die Grundsätze der Unfallversicherung auch auf die Kriegsoffer zu übernehmen, wobei ein Jahreseinkommen von 1800.- Mark zu Grunde gelegt werden soll. = 11,77 Milliarden D-Mark erfordert jährlich die Versorgung der Kriegsbeschädigten in der Doppelzone. Nach einem neuen Entwurf der Verwaltung für Arbeit werden darüber hinaus jährlich weitere 400 Millionen D-Mark benötigt. Die Zuständigkeit des Wirtschaftsrates für die Kriegsoffer-Versorgung ist inzwischen von der Militärregierung anerkannt worden.

In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß die Bezüge nach der Direktive 27 zum Teil unter dem Wohlfahrtssatz lägen. Dies sei ein unwürdiger Zustand, der unbedingt beseitigt werden müsse. In erster Linie muß für die Hinterbliebenen und arbeitsunfähigen Kriegsoffer gesorgt werden durch Zuschläge, die das Existenzminimum herstellen. Der Militärregierung müsse bewiesen werden, daß dies erforderlich und möglich sei.

Die anwesenden Kriegsbeschädigten setzten sich vor allen Dingen dafür ein, daß die Fürsorge wieder wie früher hergestellt wird. Wenn neue Gesetze geschaffen würden, dann müsse auch die organisatorische Durchführung gesichert sein.

Zum Abschluß der Tagung wurde ein sozialpolitischer Ausschuß gewählt, in dem die junge Generation erfreulicherweise stark vertreten ist, der die Forderungen der Kriegsbeschädigten formulieren und die Partei laufend unterrichten soll.

=====

Verantwortlich: Bruno Dörpinghaus, Frankfurt a.M., Bettinastr. 64.
 Lizenz der Informationskontrolle der Militärregierung US/W 2065.
 Gedruckt in der Redaktion DUD Frankfurt a.M., III/49/600.
 Veröffentlichung nur mit Quellenangabe DUD gestattet.
 =====